

Antrag

der Abg. Gabi Rolland u. a. SPD

Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie eine konkrete Zusammenarbeit mit dem französischen Staat sowie den nachgeordneten Verwaltungsbehörden und der Betreiberin des AKW Fessenheim aussehen könnte, mit dem Ziel, ein gewerbliches oder wissenschaftliches Unternehmen am Standort des AKW Fessenheim neu anzusiedeln;
2. inwieweit Maßnahmen durch deutsche Behörden möglich sind und ergriffen werden, um das Abschalten des AKW Fessenheim zu ermöglichen bzw. zu beschleunigen;
3. inwiefern der bestehende Stromlieferungsvertrag zwischen EnBW und Electricité de France (EdF) dazu ein Hindernis darstellt;
4. ob der Stromlieferungsvertrag zwischen EnBW und EdF einseitig gekündigt werden kann und wenn ja, zu welchen Konditionen;
5. welche Pflichten aus dem Stromlieferungsvertrag zwischen EnBW und EdF bei einer Nachrüstung des AKW Fessenheim bzw. bei seinem Abschalten erwachsen.

13.07.2016

Rolland, Gruber, Drexler, Gall, Wölfle SPD

Begründung

Aus der französischen und deutschen Presse ist zu entnehmen, dass die französische Regierung die Abschaltung des AKW Fessenheim plant. Dabei ist auch in der Diskussion, ein Unternehmen anzusiedeln, das ersatzweise für eine gewisse Wertschöpfung in der Region Sorge tragen soll. Von Interesse hierbei ist, welche Möglichkeiten der Einflussnahme das Land Baden-Württemberg hat, aber auch, welche Pflichten sich aufgrund der Grenz Nähe für die deutschen Behörden ergeben und ob sich aus der Verbindung der Energieunternehmen EnBW und EdF Pflichten und Risiken erwachsen, die ggf. auch auf das Land übertragen werden könnten. Im Risikobericht für die Aktionärsversammlung wird geschrieben, dass ein Risiko darin bestünde, wenn sich EnBW an den Rückbaukosten beteiligen müsste – was seitens der EnBW jedoch bestritten wird. Es stellt sich zudem die Frage nach konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der französischen Regierung, um die Ansiedlung eines Betriebs zur Kompensation des AKW sowie das Ziel des baldigen Abschaltens zu erreichen.